

WEITERSTADT AKTUELL

Januar 2017

Inhalt

Schnelles Internet.....	1
Neubaugebiet Apfelbaumgarten II in Braunschardt.....	1/2
Mehr Transparenz bei städtischen Immobilien.....	2
Viel Lärm um Friedhofsgebühren...	3
Ausgeglichener Haushalt.....	3
Neue SPD-Vorstände in Gräfen- hausen und Schneppenhausen.....	4
Elektromobilität für Weiterstadt....	4
Kommt das Stadion des SV Darm- stadt 98 nach Weiterstadt?.....	4

Sie haben Lust, sich politisch zu engagieren oder möchten nur bei bestimmten Themen mitarbeiten? Wir freuen uns auf Sie!

Mehr Infos unter:
www.spd-weiterstadt.de

Impressum

V.i.S.d.P: SPD Weiterstadt, Alexander Koch,
Bahnhofstraße 10, 64331 Weiterstadt
Auflage: 10.000 Stück

Redaktion:

Benjamin Gürkan, Alexander Koch, Angelika
Reitz-Gottschall, Julius Schafhausen

**Wir wünschen
Ihnen ein frohes
neues Jahr 2017!**

**Einladung zum
Neujahrsempfang:**

**MI 11.1.2017 | 19 Uhr
Bürgerhaus Gräfenhausen
Wir freuen uns auf Ihren
Besuch!**

Schnelles Internet verfügbar!

Ein wichtiger Beitrag zur Modernisierung der Infrastruktur

Das schnelle Internet ist seit Dezember 2016 nun auch endlich in Weiterstadt und allen Stadtteilen verfügbar. Mehr als 95% der Haushalte in unserer Stadt profitieren von Übertragungsraten von rund 50 MBit/s. Vorher war in manchen Gegenden (z.B. am Rande Braunschardts) noch nicht mal 6 MBit/s verfügbar. Damit sind die Zeiten endlich vorbei, wo man sich noch einen Kaffee machen konnte, bevor alle E-Mails heruntergeladen waren. Mit einem Bruchteil der erwarteten Kosten haben wir nun ein leistungsfähiges und ausbaubares Breitbandnetz, das mit Hilfe der Vectoring-Technologie in manchen Teilen der Stadt sogar bis zu 100 MBit/s bereitstellen kann.



Möglich gemacht hat das der Beitritt in den Zweckverband NGA Netz, der aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und den meisten Kommunen des Kreises besteht. Weiterstadt hat von dieser Kooperation deutlich profitiert und wird die gute Zusammenarbeit auch mit den Stimmen der SPD in dem Gremium fortsetzen.

Neubaugebiet Apfelbaumgarten II

Neue Möglichkeiten und bezahlbarer Wohnraum für unsere Stadt



In ganz Deutschland, aber im Besonderen im Rhein-Main-Gebiet, wird ein Thema immer wichtiger: Bezahlbarer Wohnraum! Der Siedlungsdruck nimmt enorm zu. Gerade das Rhein-Main-Gebiet ist eine wirtschaftlich attraktive Region mit vielen gut bezahlten Arbeitsplätzen, hochqualifizierten Fachkräften und internationalen Unternehmen. Hohe Preise für Bauland sind die logische Folge dieser eigentlich sehr positiven Entwicklung.

Auch in Weiterstadt haben wir leider einen erheblichen Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Dies ist neben den bereits genannten Faktoren auch der Siedlungsbeschränkung durch das Land Hessen aufgrund des Fluglärms vom Frankfurter Flughafen geschuldet. Daher hat die Stadt Weiterstadt nur sehr eingeschränk-

te Möglichkeiten, neue Baugebiete auszuweisen. Diverse städtische Grundstücke erwiesen sich als zu klein und ungeeignet, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen. Ein Beispiel ist ein ehemals städtisches Grundstück in der Ludwigstraße in Braunschardt. Nachdem fachlich überprüft war, dass das Grundstück für sozialen Wohnungsbau nicht geeignet, weil zu klein ist, stimmte die SPD - entgegen dem damaligen Partner ALW - für den Verkauf. Die SPD möchte dort bezahlbaren Wohnraum schaffen, wo es fachlich plausibel und bezogen auf den Standort auch wirtschaftlich vernünftig und sinnvoll ist. Das war in der Ludwigstraße gerade nicht der Fall, aber der Apfelbaumgarten II ist eine echte Chance.

Fortsetzung auf Seite 2 >

Neubaugebiet Apfelbaumgarten II in Braunshardt

Neue Möglichkeiten und bezahlbarer Wohnraum für unsere Stadt



Fortsetzung von Seite 1 >

Während die Opposition aus CDU und ALW beim Thema Apfelbaumgarten II bislang eher bremste, haben die neuen Kooperationspartner SPD und FWW die Planungen gemeinsam mit Augenmaß vorangetrieben.

SPD und FWW stimmten somit nicht nur bei dem gut begründeten Verkauf des Grundstücks in der Ludwigstraße überein, als sie noch gar keine formellen Partner waren, sondern ebenso jetzt bei der Entwicklung von Apfelbaumgarten II, einschließlich der Konzeption. Das zeigt die hohe Übereinstimmung der beiden Partner, im Besonderen in der Wohnpolitik.

Nach Vorstellung von SPD und FWW soll das neue Baugebiet abschnittsweise umgesetzt werden. Es soll nicht nur Reihen- und Einfamilienhäuser, sondern ausdrücklich auch Mehrfamilienhäuser in einer guten Durchmischung geben. Durch Mehrfamilienhäuser soll ganz bewusst bezahlbarer Wohnraum für junge Familien geschaffen werden.

Grünflächen und Parkmöglichkeiten sowie die Vorhaltung von Flächen für wichtige soziale Einrichtungen, wie Schulen oder Kindergärten, sind wesentliche Bestandteile der Planung. Mehrgenerationenhäuser und ein Freizeitplatz für alle Generationen sind eben-

falls wichtig. Energetische Gesichtspunkte, wie eine südliche Dachausrichtung, müssen von Anfang an Berücksichtigung finden. Kleinere Geschäfte müssen in das Baugebiet integriert werden können.

Apfelbaumgarten II ist zweifellos ein langfristiges Projekt, das die städtischen Gremien noch Jahre beschäftigen wird. Zudem sind noch viele Einzelfragen zu klären. Ein wichtiger Aspekt des Baugebietes ist zum Beispiel die Verkehrerschließung. Das neue Baugebiet kann nicht allein mit den bestehenden Verbindungsstraßen bewältigt werden, weshalb ein diesbezüglicher Ausbau der Infrastruktur erfolgen muss.

Dennoch handelt es sich bei Apfelbaumgarten II um eine große Chance für Weiterstadt. Das betrifft nicht nur die Weiterstädter Bürger, die perspektivisch bezahlbaren Wohnraum suchen werden, hierunter viele junge Familien oder alleinstehende Senioren. Auch die Entwicklungschancen der Stadt Weiterstadt verbessern sich, zum Beispiel durch mögliche zusätzliche Steuereinnahmen durch mehr Steuerzahler, was sich langfristig positiv für unsere Stadt auswirken würde.

Mehr Transparenz bei städtischen Immobilien

Kommunaler Immobilienservice wird in Verwaltung zurückgeführt - bald wieder öffentliche Sitzungen



Der „Kommunale Immobilienservice“ kümmert sich um alle städtischen Gebäude und Liegenschaften, wie z.B. das MedienschiFF. Ab 2018 wird der Eigenbetrieb in die normale Stadtverwaltung reintegriert.

Der Eigenbetrieb „Kommunaler Immobilienservice (KIS)“ wird auf Initiative der neuen SPD/FWW-Kooperation bis 2018 in die städtische Verwaltung überführt. Hierbei erhielt die Kooperation auch die Unterstützung der oppositionellen CDU. Der Eigenbetrieb ist für die Verwaltung und Instandhaltung der städtischen Gebäude und Liegenschaften zuständig. Er war noch unter Bürgermeister Peter Rohrbach eingerichtet worden, da er zum

damaligen Zeitpunkt diverse Vorteile mit sich brachte, z.B. bei Ausschreibungen. Diese Vorteile sind jedoch durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen inzwischen hinfällig geworden. Ein entscheidender Vorteil bei der jetzigen Rückführung in die Verwaltung besteht darin, dass das Management der städtischen Gebäude und Liegenschaften fortan viel transparenter wird. Viele wichtige Themen der städtischen Immo-

bilienwirtschaft, die bisher im Eigenbetrieb in nichtöffentlichen Sitzungen behandelt wurden, werden jetzt öffentlich behandelt, zum Beispiel in öffentlich tagenden Ausschusssitzungen, an denen alle Interessierten teilnehmen können. Vorlagen zu städtischen Immobilien, die bislang nicht-öffentlich waren, werden jetzt öffentlich. Daher erhalten Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine bessere Informationen und auch die Medien können offen über Themen, bei denen bislang hinter verschlossenen Türen getagt wurde, berichten. Zudem erhofft sich die SPD einen Abbau von Bürokratie und Kosteneinsparungen. Im Rahmen der Überführung in die Stadtverwaltung soll ein eigener Fachbereich „Immobilien“ gegründet werden. Hiermit wird von SPD und FWW ein wichtiger Beitrag für mehr Transparenz durch die Herstellung von Öffentlichkeit geleistet. Die SPD ist froh, solche Punkte, wie die Rückführung von KIS in die Verwaltung, gemeinsam im Konsens mit dem Kooperationspartner FWW zügig umsetzen zu können.

Viel Lärm um die Friedhofsgebühren

Moderate Erhöhung um rund 10% nach schwieriger Diskussion und Verhandlungen mit der Kommunalaufsicht



Die Gebührenerhöhung war unvermeidlich, da die Kommunalaufsicht mit Sanktionen drohte. Für die Zukunft sind Sanierungen und Aufwertungen der Trauerhallen geplant.

Wohl selten hat eine Vorlage des Magistrats so große Aufregung verursacht, wie die Vorlage zu den Friedhofsgebühren im Sommer 2016. Die Friedhofsgebühren wurden über viele Jahre nicht erhöht und bereits im Haushalt 2016 hatte die Kommunalaufsicht Kredite in Höhe von über 100.000 Euro gekürzt, weil die Stadt Weiterstadt der seit Jahren geforderten Erhöhung der Friedhofsgebühren nicht nachkam. Der Magistrat folgte daher den Vorgaben der Kommunalaufsicht, den Deckungsbeitrag von derzeit 65% auf 85% anzuheben.

Durch die knallige Überschrift „Sterben wird teurer“ auf der Titelseite des Wochenkuriers (8. September 2016) wurde allerdings der Eindruck erweckt, als sei bereits alles beschlossen. In Wirklichkeit war die Vorlage zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im Wochenkurier noch

nicht einmal in der Stadtverordnetenversammlung beraten worden - und diese ist schließlich das höchste und wichtigste Gremium der Stadt! Die Stadtverordnetenversammlung und der zuständige Fachausschuss machten in den Beratungen schnell deutlich, dass sie die Vorlage so nicht verabschieden werden.

Die Kooperationsfraktionen von SPD und FWW haben einen Fragenkatalog erarbeitet, der weitere Kosteneinsparungen brachte und alternative Berechnungsmodelle, z.B. bei den Trauerhallen einforderte. Weiterhin ist die Fixierung auf die verlangten 85% Kostendeckung gefallen. Denn die steht nirgendwo im Gesetz und ist Auslegungssache. Basis hierfür ist der Grünflächenanteil eines Friedhofes, der bisher pauschal (bei allen Kommunen) mit 15% angesetzt, aber nie ausgerechnet wurde. Auf Anfrage von SPD

und FWW hat die Stadt den Anteil genau ausgerechnet und festgestellt, dass der Grünflächenanteil unserer Friedhöfe nicht bei 15%, sondern bei 25% liegt. Mit der Rückendeckung des Fachausschusses konnte Bürgermeister Ralf Möller beim zuständigen Ministerium und der Kommunalaufsicht die Anerkennung der 25% erwirken. Deshalb steigen die Deckungsbeiträge im Durchschnitt um nur noch 10%-Punkte, also von 65% auf 75%.

Die Friedhofsgebühren sind nun auch zum ersten Mal auf eine nachvollziehbare Berechnungsgrundlage gestellt worden. So wurden die Ist-Zahlen der vergangenen Jahre als Grundlage genommen und keine Schätzungen. Dadurch ist jetzt auch offensichtlich, was welche Aufgaben im Friedhowswesen kosten. Einige Gebührenarten sind dadurch gestiegen, andere dagegen gesunken, im Mittel werden die Gebühren um 10% erhöht.

Ohne diese Gebührenerhöhung wären Konsequenzen durch die Kommunalaufsicht - z. B. die Kürzung bei Krediten - wahrscheinlich. Die Ablehnung von CDU und ALW ist bequem, aber nicht konsequent. Denn das Gesetz, auf dessen Basis SPD und FWW die Friedhofsgebühren erhöhen müssen, könnte von der CDU-geführten hessischen Landesregierung einfach geändert werden und Ausnahmen im Friedhofsgebiet zulassen. Wir hoffen also, dass die CDU-Landesregierung hier tätig wird und die Kommunen nicht weiter dazu zwingt, die Gebühren zu erhöhen.

Weiterstadt mit ausgeglichenem Haushalt

Wichtige Investitionen in Bürgerhäuser und Feuerwehr sowie das Neubaugebiet Apfelbaumgarten II

„Wir freuen uns sehr, dass der Haushalt 2017 ausgeglichen ist“, sagten der SPD-Fraktionsvorsitzende Benjamin Gürkan und sein Kollege Kurt Weldert von den Freien Wählern. „Zudem konnten wir mit der Erhöhung der Planungsmittel für die Feuerwehr in Weiterstadt und die Sanierung der Bürgerhäuser in Gräfenhausen und Schneppenhausen wichtige Akzente für die Entwicklung unserer Stadt setzen“, so die beiden Fraktionsvorsitzenden weiter. Hiermit sowie mit der Entwicklung des Neubaugebietes Apfelbaumgarten II treiben SPD und FWW wichtige Stadtentwicklungsprojekte gezielt voran.

Auch im neuen Haushalt liegt ein besonderer Schwerpunkt auf dem Teilbereich Kinder und Jugend, der den beiden Kooperationspartnern besonders wichtig

ist. Für diesen Teilbereich vorgebrachte Kürzungsideen der CDU wurden deshalb auch von SPD und FWW in der Ausschussberatung im Sozialausschuss sofort zurückgewiesen.

Ebenso zurückgewiesen wurden weitere von der CDU beantragte Mittel in Höhe von 200.000 Euro für eine weitere Umgestaltung in der Darmstädter Straße im mittleren Abschnitt. „In der Darmstädter Straße geht es mir neben der Aufwertung der Optik vor allem um die Erhöhung der Verkehrssicherheit und des Aufenthaltscharakters. Hierzu werde ich günstigere Lösungen vorschlagen“, so Bürgermeister Ralf Möller.

Angenommen wurden hingegen die CDU-Vorschläge, die Mittel für die Keller-Ranch auf 20.000 Euro zu verdoppeln und 50.000 Euro für einen Parkplatz und

einen Spielplatz auf dem Gelände der Alten Schlossschule in Gräfenhausen bereit zu stellen. „SPD und FWW sind sehr wohl zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Opposition bereit, was sie hiermit beweisen“, sagte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Alexander Koch. Die Kooperation aus SPD und Freien Wählern und weite Teile der Opposition aus CDU und ALW stimmten in der letzten Sitzung der Stadtverordneten im Jahr 2016 dem Haushalt zu. Die unerwarteten Stimmen der Opposition offenbarten die solide Haushaltsführung.

„Im ersten gemeinsamen von SPD und FWW verabschiedeten Haushalt stimmen die Prioritäten, beide Kooperationspartner finden sich in ihren Zielsetzungen wieder“, so Gürkan und Weldert abschließend.

Neue SPD-Vorstände in zwei Stadtteilen gewählt

SPD Schneppenhausen und SPD Gräfenhausen sind gut aufgestellt



Der neu gewählte Vorstand der SPD Schneppenhausen (vlnr): Manfred Dittrich, Ina Herge, Nora Tazir, Julius Schafhausen, Axel Rieper, Harald Naas und Stefanie Naas. Es fehlt Risto Salzer.

Am 30. November fand die Mitgliederversammlung des SPD-Ortsbezirks Schneppenhausen statt. Dabei ging es thematisch um die anstehende Renovierung des Bürgerhauses Schneppenhausen sowie um die Wahl eines neuen Vorstandes. Julius Schafhausen wurde von den Schneppenhäuser SPD-Mitgliedern mit großer Mehrheit der Stimmen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Als Stellvertreterin steht ihm Ina Herge zur Seite, die sich über ein ebenfalls sehr gutes Ergebnis bei ihrer Wahl freuen konnte. Risto Salzer übernimmt die Schriftführung. Als Beisitzer wurden Manfred Dittrich, Nora Tazir, Axel Rieper sowie Harald und Stefanie Naas gewählt. Axel Rieper und Nora Tazir sind neue Mitglieder im Vorstand. Manfred Dittrich freut sich sehr,

dass der neue Ortsbezirksvorstand von Schneppenhausen von einem jungen und engagierten Team geführt wird. Er ist sich sicher, dass der Ortsbezirk für die nächsten Jahre hervorragend aufgestellt ist. Nachdem die Wahlen beendet wurden, ging man in die inhaltlichen Diskussionen. Das dominierende Thema war dabei die Renovierung des Bürgerhauses Schneppenhausen.

Anfang Dezember tagte auch die Jahreshauptversammlung der SPD Gräfenhausen. Hierbei fiel der Jahresbericht des Vorsitzenden Christian Kurpiers umfangreich aus. Der Bericht reichte von Veranstaltungen, wie z.B. dem alljährlichen Fahrradrundweg durch Gräfenhausen, bis hin zur Mitgliederbetreuung. Erkannt und umgesetzt wurden z.B. die Erneue-

rung des Bachweges entlang des Mühlbachs sowie die Aufstellung der Figuren zur Sicherung der Schulwege. Der ständige Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern ist ein wichtiger Teil der Arbeit der SPD Gräfenhausen. Probleme, Sorgen und Nöte, aber auch hilfreiche Anregungen, wurden an die entsprechenden politischen Gremien weitergeben. Hierbei ist das Weiterverfolgen dieser Anliegen eine fortwährende Aufgabe. Selbstverständlich wurden auch die aktuelle Bundes-, Landes-, Kreis- und Kommunalpolitik diskutiert. Wichtigstes lokales Thema war die anstehende Renovierung des Bürgerhauses Gräfenhausen. Bei den sich anschließenden Vorstandswahlen wurde der bisherige Vorsitzende Christian Kurpiers und sein gesamter Vorstand einstimmig wiedergewählt. Außer Kurpiers gehören diesem noch die beiden Stellvertreter Willi Fischer und Kurt Seiler sowie Angelika Reitz-Gottschall, Helmut Bormet, Benjamin Gürkan, Doris Hofmann, Heike Hofmann, Gerhard Keller und Horst Risch an. Sowohl in Gräfenhausen als auch in Schneppenhausen geht die SPD somit politisch und personell gut aufgestellt in das Jahr 2017.

Mobilität der Zukunft

SPD und FWW beauftragen Konzeption zur E-Mobilität in Weiterstadt



Die Zukunft gehört dem Elektro-Auto. Zwar behindern aktuell noch die niedrige Anzahl an Ladestationen und an mangelnder Reichweite eine stärkere Verbreitung der Elektro-Autos. Bislang bleiben Benziner und Diesel noch attraktiver. Auf die Dauer jedoch ist absehbar, dass das Elektro-Auto sich aus ökologischen und technologischen Gründen in den nächsten Jahren und besonders im nächsten Jahrzehnt durchsetzen wird. Auch die Kommunen müssen auf diese absehbare Entwicklung reagieren. Deshalb hat die SPD – zusammen mit den Freien Wäh-

lern – einen Antrag gestellt, dass der Magistrat ein Konzept zur Elektro-Mobilität in Weiterstadt entwickelt. Das Konzept soll auch die Fragen des städtischen Fuhrparks, des ÖPNV und im Besonderen der Ladestationen berücksichtigen. Zur Verfügung stehende Fördermittel von Land, Bund oder der Europäischen Union sollen beantragt werden. Hierbei handelt es sich um langfristig notwendige Planungen und Investitionen für Weiterstadt. SPD und Freie Wähler sind darauf bedacht, Weiterstadt frühzeitig für die technologische Zukunft gut vorbereitet aufzustellen.

98er-Stadion?

Zieht Darmstadt 98 nach Weiterstadt?

Der Fußball-Erstligist SV Darmstadt 98 sucht gemeinsam mit der Stadt Darmstadt einen neuen Standort für ein Stadion. Grund hierfür sind die Vorgaben der Deutschen Fußball Liga (DFL). Der aktuelle Standort „Böllental“ erwies sich als ungeeignet für einen Neubau. So wurde das Gelände am Gehaborner Hof (südlich vom Gewerbegebiet West) in Weiterstadt als einer von vier möglichen Standorten von der Stadt Darmstadt genannt. An den Spekulationen, ob in Weiterstadt gebaut wird, wollen wir uns nicht beteiligen, da es noch andere Standorte gibt. Da das Gelände aber auf Weiterstädter Gemarkung liegt, hat die Stadt Weiterstadt Planungshoheit. Die SPD Weiterstadt knüpft eine mögliche Zustimmung an eindeutige Kriterien:

1. Breite Mitnahme der Bürgerinnen und Bürger, ob diese ein Stadion wollen.
2. Keine unerträglichen Verkehrsbelastungen im Gewerbegebiet.
3. Klare wirtschaftliche Vorteile.

Ohne diese Punkte - keine Zustimmung.